

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Werner Lensing, Paul Breuer, Thomas Kossendey, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/2276 –**

### **Politische Bildung in der Bundeswehr**

Die Bundeswehr hat die Politische Bildung in den 90er Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Entscheidende Schritte waren die Weisung des Generalinspektors zur Verbesserung und Durchführung der Politischen Bildung vom Juli 1995 sowie die ergänzenden Bestimmungen zur Nachsteuerung, Aktualisierung und inhaltlichen Schwerpunktverlagerung von Ende 1997. Insgesamt wurde dabei der Anteil der Politischen Bildung in den Streitkräften seit 1992 verdreifacht, wie im Abschlussbericht des „1. Untersuchungsausschusses des Verteidigungsausschusses in der 13. Wahlperiode zu tatsächlichen und behaupteten rechtsextremistischen Vorkommnissen sowie zu Fragen der geistigen Orientierung, der Politischen Bildung und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“ im Juni 1998 festgestellt wurde.

Vor diesem Hintergrund der kontinuierlichen Verbesserung der Politischen Bildung in den vergangenen Jahren sind die im jüngsten Jahresbericht der Wehrbeauftragten sowie in der Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung zu diesem Bericht festgestellten Defizite eine schwere Hypothek. Ohne die Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen und die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen kann die Politische Bildung ihre in den entsprechenden Dienstvorschriften definierten und auf den „Beutelsbacher Konsens“ zurückgehenden Ziele nicht verwirklichen.

Angesichts der gewandelten sicherheitspolitischen Herausforderungen und des geänderten Auftrages der Bundeswehr steigen vielmehr die Anforderungen an die Politische Bildung in den Streitkräften noch an. Zwei wesentliche Faktoren werden bestimmenden Einfluss auf ihre Gestaltung nehmen: das veränderte Aufgabenspektrum der Bundeswehr, insbesondere die Zunahme der Bedeutung von Kriseneinsätzen, und die aufgrund der Sparpolitik oktroyierten finanziellen Reduzierungen des Verteidigungsetats.

Aufgrund des veränderten Auftrags der Streitkräfte und der erheblichen personellen und zeitlichen Belastungen im Rahmen der Ausbildung der Soldaten besteht die offensichtliche Gefahr, dass die Politische Bildung vernachlässigt wird. Gerade die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 17. Januar 2000 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

aber eine optimale Vorbereitung der Soldaten auf Auslandseinsätze, nicht nur hinsichtlich der Vermittlung militärischer Fertigkeiten, sondern insbesondere auch für das Verstehen der Motive und Beweggründe ihres Einsatzes. Dies gilt auch für die Zeit der Einsatzdurchführung.

Gleichfalls negative Auswirkungen hat die beträchtliche Reduzierung des Verteidigungsetats in den nächsten Jahren. Kürzungen im Bereich der Politischen Bildung würden sich angesichts der neuen Aufgaben und Herausforderungen als kontraproduktiv herausstellen.

1. Welchen Stellenwert räumt die Bundesregierung der Politischen Bildung – insbesondere vor dem Hintergrund der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen – ein?

Die Politische Bildung in der Bundeswehr hat für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert. Insbesondere im Zusammenhang mit der Extremismus-Prävention trägt die Bundeswehr damit zur Erfüllung einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bei, da knapp vierzig Prozent der männlichen Jugendlichen eines Geburtsjahrgangs durch Maßnahmen der Politischen Bildung in der Bundeswehr erreicht werden. Daher wurden im Rahmen der Prävention gegenüber rechtsextremistischen Tendenzen die Aktivitäten auf diesem Gebiet weiter verstärkt und verschiedene Maßnahmen ergriffen. Diese reichen von der Verbesserung der Handlungssicherheit der Einheitsführer bei rechtsextremistischen Vorfällen bis zu Maßnahmen in den wesentlichen Anwendungsbereichen der Inneren Führung: Menschenführung, Ausbildungs- und Dienstgestaltung, Politische Bildung und Traditionspflege. Darüber hinaus wirkt die Politische Bildung in der Bundeswehr insgesamt extremistischen Tendenzen entgegen. Unsere Statistik zeigt einen signifikanten Rückgang von Meldungen über besondere Vorkommnisse im Zusammenhang mit extremistischen Vorfällen.

Neben der Aussetzung eines Jahrespreises auf der Ebene der Divisionen oder vergleichbarer Ebenen für besonderes Engagement in der Politischen Bildung und der Fortsetzung der Unterstützung durch Beraterteams mit Schwerpunkt „Pro Demokratie“ wird derzeit ein Programm für die computerunterstützte Ausbildung (CUA) ausgeliefert, das unter dem Titel „Courage – Wir halten dagegen!“ junge Vorgesetzte für extremistische Tendenzen sensibilisieren und ihnen den pädagogisch richtigen Umgang damit vermitteln soll. Darüber hinaus wird eine Wanderausstellung entwickelt, die in Form einer Lernwerkstatt ab Oktober 2000 die Politische Bildung in der Truppe durch eine zeitgemäße und interaktive Präsentation unterstützen wird. Mit diesen Initiativen sollen die im Jahresbericht 1998 der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages erwähnten positiven Entwicklungen im Bereich der Politischen Bildung in der Bundeswehr verstärkt und der Truppe zusätzliche Hilfestellungen für die Durchführung gegeben werden.

2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Politische Bildung einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verständnis der Sinnhaftigkeit des Bundeswehr-Auftrages leisten kann und muss?

Politische Bildung trägt dazu bei, dem Soldaten die Rolle der Streitkräfte wie des einzelnen Soldaten in Staat und Gesellschaft bewusst zu machen und sich mit Grundfragen des Soldatenberufes auseinanderzusetzen. Gerade angesichts neuer Risiken und gewachsener internationaler Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland unterstützt Politische Bildung auch das Verständnis für den

Sinn des Einsatzes im erweiterten Aufgabenspektrum der Streitkräfte. Der Bundesminister der Verteidigung wird daher weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Politische Bildung in der Bundeswehr auch unter den besonderen Anforderungen durch die Auslandseinsätze ihren angemessenen Platz findet. Dabei werden auch die nichtmilitärischen Möglichkeiten der Krisenprävention und der Kriseneindämmung behandelt.

3. Stellt das aufgrund der sicherheitspolitischen Herausforderungen geänderte Aufgabenspektrum der Bundeswehr eine Gefahr für die Politische Bildung dar, so dass ihr im Vergleich zu anderen Ausbildungsbereichen weniger Bedeutung beigemessen wird?

Das neue Aufgabenspektrum der Bundeswehr stellt für die Politische Bildung eine neue Herausforderung, aber auch eine neue Chance dar. Die neuen Aufgaben führen zu einer verstärkten Diskussion über Ursachen und Hintergründe für die Konflikte in unserer Zeit und zu einer vertieften Reflexion der parlamentarischen Entscheidung zum Einsatz der Streitkräfte. Dies bringt auch eine spürbar gewachsene Nachfrage nach aktuellen Informationen insbesondere bei unmittelbar betroffenen Soldaten mit sich. Damit ist die Verantwortung aller Vorgesetzten für die umfassende und zeitgerechte Information der Truppe gewachsen. Der Bundesminister der Verteidigung beabsichtigt daher, die Möglichkeiten der modernen Medien künftig vermehrt zur Information der Truppe zu nutzen und damit auch einen wesentlichen Beitrag für die Politische Bildung zu leisten und das Vertrauen der Soldaten in die politischen Institutionen zu stärken.

4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der ersten Berichte über den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo, nach denen die Politische Bildung die Soldaten nur „unzureichend erreicht“?
  - a) Wenn ja, in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung diesen Zustand zu korrigieren?
  - b) Wenn nein, in welcher Form und welchem Umfang wird Politische Bildung konkret durchgeführt?

Die in der Frage dargestellte Auffassung wird nicht geteilt. Politische Bildung in der Truppe wird nach den Anweisungen für die Truppenausbildung (ANTRA 1-3 „Allgemeine Grundausbildung“, „Spezialgrundausbildung“ und „Vollausbildung“) sowie nach dem Erlass „Politische Bildung“ (VMBl. 1999, S. 184 ff.) und dem Erlass des Generalinspektors der Bundeswehr vom 12. Juli 1995 durchgeführt.

Die Truppenteile der Krisenreaktionskräfte führen die Politische Bildung im Rahmen der Kontingentausbildung durch. Alle militärischen Führer werden darüber hinaus in der Zentralen Führerausbildung am Zentrum Innere Führung über die kulturellen Besonderheiten und politischen Verhältnisse im jeweiligen Einsatzland informiert. Sie sind angewiesen, die erworbenen Kenntnisse an die ihnen im Einsatz unterstellten Soldaten weiterzugeben.

Grundsätzlich zeigen die Erfahrungen sowohl mit der vorbereiteten Ausbildung als auch im Einsatzland, dass die Soldaten über den Sinn ihres Auftrages, aber auch über die politischen und historischen Zusammenhänge umfassend informiert sind. Gerade in der Vorbereitung auf einen konkreten Einsatz ist auch ein hohes Interesse der Soldaten an Politischer Bildung spürbar. Die Bundeswehr

ist nach Kenntnis der Bundesregierung die einzige Armee, deren Soldaten auch im Einsatzland Politische Bildung erhalten, so z. B. durch Unterrichtsfahrten nach Mostar. Zusätzlich werden auch durch den Einsatz selbst erhebliche Gewinne an Politischer Bildung erzielt. Themen wie

- Grundrechte, deren Wert und die Bereitschaft, unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile für sie einzustehen,
- Verständnis, Toleranz und aktives Einstehen für die Belange von Menschen unterschiedlicher Rasse, Religion und Staatsangehörigkeit sowie
- kollektiv vereinbarte Maßnahmen zur Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie

erhalten insbesondere für die jungen Soldaten durch die persönliche aktive Beteiligung eine ganz neue, greifbare Dimension.

5. Bedeuten die Kürzungen – neben der hohen personellen und zeitlichen Belastung – nicht weitere zusätzliche Hindernisse für die Politische Bildung, da gerade bei ihr zuerst gekürzt wird, um zumindest den übrigen Ausbildungsbetrieb weiterhin aufrechtzuerhalten?

In der Politischen Bildung der Bundeswehr sind keine Kürzungen vorgesehen. Planung und Durchführung der Ausbildung in den Streitkräften und damit auch der Politischen Bildung liegen in der Verantwortung der Disziplinarvorgesetzten. Diese können sich nach eigener Entscheidung durch zivile Experten unterstützen lassen und auf die Angebote ziviler Bildungseinrichtungen zurückgreifen. Die Haushaltsmittel reichen in der Regel aus, ggf. sind sie auf dem Mittelverteilerweg nachzufordern. Gute Politische Bildung ist nicht nur eine Frage der Finanzausstattung, sondern vor allem abhängig vom Engagement der dafür verantwortlichen Vorgesetzten. Die Bundesregierung wird nicht nachlassen, dieses Engagement auch über die hier erwähnten Maßnahmen hinaus zu fördern und dafür zu sorgen, dass die zuständigen Vorgesetzten durch Dienstaufsicht Mängel unmittelbar abstellen.

6. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Zusammenarbeit mit zivilen Bildungsträgern und Fachreferenten sowie der entsprechenden Nutzung diesbezüglicher Angebote und Möglichkeiten zur Vermittlung Politischer Bildung bei?

Zahlreiche Verbände und Einheiten der Bundeswehr pflegen seit vielen Jahren regelmäßige Kontakte zu verschiedenen zivilen Bildungsträgern und Fachreferenten. Andere lassen sich fallweise von ziviler Expertise in der Durchführung der Politischen Bildung unterstützen. Auch zivile Bildungsträger laden Soldaten als Referenten zu Informationsveranstaltungen, Tagungen und Seminaren ein. Die Bundesregierung begrüßt diese Zusammenarbeit ausdrücklich. In der Neufassung der Zentralen Dienstvorschrift (ZDv 12/1) „Politische Bildung in der Bundeswehr“, deren Herausgabe im I. Quartal 2000 vorgesehen ist, wird daher auf die Zusammenarbeit ausdrücklich hingewiesen, im Anhang der Vorschrift finden die Vorgesetzten eine umfangreiche Liste mit Adressen ziviler Bildungsträger.

Im Rahmen der Tagung für die S 1 Offiziere „Innere Führung“ am 3. Juni 1998 hatten mehrere zivile Bildungseinrichtungen die Gelegenheit, sich dort mit ihrem Angebot vorzustellen:

1. Arbeit und Leben – Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e.V.
2. Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V.
3. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten – AdB
4. Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e.V.
5. COURAGE gegen Fremdenhaß e.V.
6. DGB – Bildungswerk
7. Europäische Akademie Otzenhausen
8. Friedrich-Ebert-Stiftung
9. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
10. Karl-Theodor-Molinari-Stiftung
11. Konrad-Adenauer-Stiftung
12. OST-WEST-KOLLEG

Zum Teil sind unter dem Dach dieser Einrichtungen zahlreiche regionale Bildungsanbieter zu finden.

Es ist vorgesehen, diese Vorstellungsmöglichkeit im Jahr 2001 zu wiederholen. Darüber hinaus werden regelmäßig zahlreiche Bildungsangebote im EXTRA-DIENST für Kommandeure, Dienststellenleiter und Einheitsführer der Truppe bekannt gemacht.

Politische Bildung in der Bundeswehr steht in enger Wechselbeziehung zur Menschenführung und bleibt daher eine persönliche Aufgabe der Einheitsführer und der übrigen Disziplinarvorgesetzten. Insoweit können zivile Bildungsträger die Bildungsarbeit der Vorgesetzten nicht vollständig ersetzen, aber gegebenenfalls ergänzen und unterstützen.

7. Werden in Zukunft finanzielle Mittel für die Inanspruchnahme externer Bildungsinstitutionen überhaupt noch zur Verfügung stehen?

Auch in Zukunft werden finanzielle Mittel für die Inanspruchnahme externer Bildungsinstitutionen zur Verfügung stehen.

8. Wie hoch sind die Aufwendungen für die Politische Bildung in der Bundeswehr insgesamt?

Folgende Aufwendungen wurden in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Durchführung der Politischen Bildung geleistet (Angaben in TDM):

	1994	1995	1996	1997	1998
Politische Bildung (davon Vortragshonorare)	1 264 162	1 057 162	2 118 212	2 072 200	2 890 551
Tageszeitungen	4 258	3 975	3 813	3 571	3 554
Reisekostenvergütung	502	426	498	641	898
Gesamt	6 024	5 458	6 429	6 284	7 332

Für 1999 standen ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung. Eine Ausgabenübersicht wird im Februar 2000 vorliegen.

Die gestiegenen Ausgaben für Vortragshonorare zeigen, dass die Disziplinarvorgesetzten die in der Antwort auf Frage 5 angesprochenen Möglichkeiten der Unterstützung durch zivile Experten im Jahr 1998 vermehrt genutzt haben.

Nach der Erlasslage ist der Bezug von Tageszeitungen für die Politische Bildung abhängig von der Zahl der Grundwehrdienstleistenden (GWDL). Jede Reduzierung der GWDL hat somit Auswirkung auf den Bezug der Zeitschriften. Darüber hinaus wird zunehmend von der seit 1999 erstmals vorgeschriebenen Nutzung von Großkundenrabatten, Unterbrechung der Lieferungen in Urlaubs- und Abwesenheitszeiträumen und Abonnements ganz oder teilweise ohne Wochenendausgaben für Tageszeitungen Gebrauch gemacht.

Zu den in der Tabelle angegebenen Aufwendungen kommen nicht bezifferbare strukturelle Kosten für Personaleinsatz, Infrastruktur usw. sowie eine Teilmenge der Ausgaben für die Truppeninformation, soweit diese der Politischen Bildung dient, hinzu.

9. Hat die Bundesregierung die von der Fraktion der SPD im Abschlussbericht des „Untersuchungsausschusses zu tatsächlichen und behaupteten rechtsextremistischen Vorkommnissen“ geforderte „wissenschaftlich fundierte Untersuchung“ zum Thema Politische Bildung in Auftrag gegeben?
  - a) Wenn ja, was hat diese Untersuchung ergeben, bzw. wann wird das Ergebnis vorliegen?
  - b) Wenn nein, warum ist dieses bisher nicht geschehen?

Die damalige Bundesregierung hat die von der Fraktion der SPD im Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses zu tatsächlichen und behaupteten rechtsextremistischen Vorkommnissen geforderte Untersuchung zum Thema Politische Bildung nicht in Auftrag gegeben.

Das Bundesministerium der Verteidigung verfolgt zz. in einem größeren Kontext ein Projekt, dessen erste Konturen bis Januar 1999 zurück reichen und für das die Projektskizze seit November vorliegt. Im Rahmen dieses Projektes wird das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr ein Lagebild „Jugend heute“ entwickeln, wobei u. a. auch die Einstellungsmuster und Werte in der Gesellschaft Gegenstand der Untersuchung sind. Zu berücksichtigen sind insbesondere Erziehung und Elternhaus, schulische und berufliche Bildung sowie Leitbilder und Formen gesellschaftlichen Engagements. Bundeswehrinterne und -externe Untersuchungen sollen zusammengetragen, gesichtet und geordnet werden und Sekundäranalysen und weiterführenden wissenschaftlichen Untersuchungen unterzogen werden. Ziel ist es, ein möglichst umfassendes Lagebild mit kennzeichnenden Orientierungen und Verhaltensmerkmalen der Jugend in Deutschland zu gewinnen. Hieraus werden u. a. Erkenntnisse für die Implementierung der Politischen Bildung erwartet. Mit einem ersten Ergebnis ist im Sommer 2000 zu rechnen.



